



Presseschau vom 16.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Nikolai Storoschenko: Amnesty-Bericht entreißt der Ukraine die Maske des unschuldigen Opfers

In Kiew hält die politische Hysterie über die Ergebnisse des Berichts der Menschenrechtsorganisation Amnesty International an. Selbst der geglättete Bericht, der viele Details auslässt, machte die in Russland längst bekannten Tatsachen publik: Die ukrainischen Streitkräfte verstecken sich hinter Zivilisten und begehen Kriegsverbrechen. Doch das ist nicht die einzige Furcht in Kiew. ...

<https://kurz.rt.com/34rb> bzw. [hier](#)

Thomas Frank: Frankreich als moderner Sklaventreiber – Ein Blick auf das Übersee-Département Martinique

Von wegen "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit": Die karibische Insel Martinique ist de facto immer noch eine französische Kolonie und ein Trojanisches Pferd für die Grande Nation. Mit allen Mitteln versucht Paris, die Insel "französisch" zu halten. Unabhängigkeitsaktivisten werden bekämpft. ...

<https://kurz.rt.com/34px> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Anschlag auf Rushdie: Letztes Kapitel beim Abschluss der Atomvereinbarung zwischen Iran und USA?

Der mit dem Roman "Die satanischen Verse" weltbekannt gewordene Autor Salman Rushdie wurde in New York auf einer Bühne mit einem Messer angegriffen. Iran hat jegliche Verstrickungen zur Tat zurückgewiesen. Der Fall sorgt für reichlich Stoff für Iranphobie, um den Verlauf der Atomgespräche nach der Anfertigung eines endgültigen Textes durch die EU zur Wiederbelebung des Atomdeals zu beeinflussen. ...

<https://kurz.rt.com/34rl> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Das Atomkraftwerk von Saporoschje und der westliche Irrsinn

Die Ukraine verliert, aber das führt beim Westen nicht zu Einsicht und Vernunft, sondern eher zum Gegenteil. Ohne den Segen mindestens der US-Regierung gäbe es keine ukrainischen Schüsse auf das größte europäische Kernkraftwerk. So wichtig ist die Ukraine selbst nicht. Warum also? ...

<https://kurz.rt.com/34t3> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:01 de.rt.com: Russland enthüllt das Aussehen seiner neuen Raumstation

Die russische Raumfahrtbehörde hat am Montag zum ersten Mal ein Modell ihrer künftigen Orbitalstation ROSS/POCC vorgestellt, nachdem Moskau Anfang des Jahres bekannt gegeben hatte, dass es die Internationale Raumstation (ISS) nach 2024 verlassen will.

Roskosmos präsentierte das Modell der geplanten Russischen Orbital-Service-Station ([ROSS](#)) während des Internationalen Militärtechnischen Forums "Armee 2022". Nach Angaben der Agentur entwickelt die Energia Space Corporation, die zu Roskosmos gehört, derzeit eine Skizze der künftigen Raumstation, die in zwei Phasen errichtet werden soll.

Nach der ersten Aufbauphase wird die Station vier Module umfassen – ein wissenschaftliches

Energiemodul, einen Knotenpunkt, ein Kernmodul und ein Gateway, so Roskosmos. In dieser Phase wird die Besatzung aus zwei Personen bestehen. In der zweiten Phase wird die Station um zwei weitere Module – ein Ziel- und ein Produktionsmodul – sowie um eine Wartungsplattform erweitert, so die Agentur weiter. Danach wird die Besatzung auf vier Personen aufgestockt.

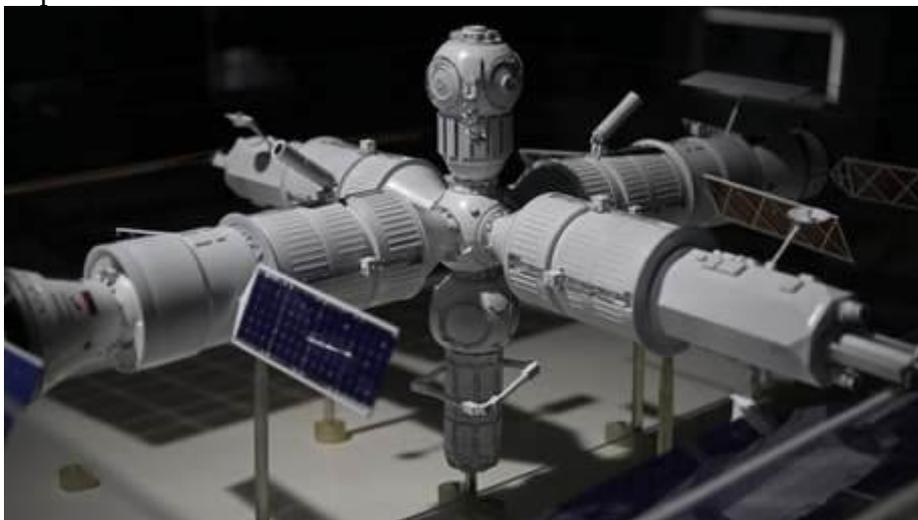
"Unter den neuen Merkmalen und Fähigkeiten der nationalen Station heben die Entwickler das enorme Leistungspotenzial für zielgerichtete Aufgaben, die Vereinheitlichung der Module, die Möglichkeit der Interaktion mit Satellitengruppen der nächsten Generation und verschiedene Betriebsarten hervor", so Roskosmos.

Ende Juli sagte Roskosmos-Chef Juri Borissow, dass sich Russland nach 2024 aus der ISS zurückziehen werde, fügte aber hinzu, dass Moskau beabsichtige, bis dahin alle seine Verpflichtungen gegenüber seinen ausländischen Partnern zu erfüllen. Er wies damals darauf hin, dass diese Entscheidung nichts mit der Geopolitik, einschließlich des Ukraine-Konflikts, zu tun habe.

Später erklärte Sergei Krikaljow, der frühere Langzeitkosmonaut und heutige Exekutivdirektor für bemannte Raumfahrtprogramme bei Roskosmos, dass der Zeitpunkt für den Rückzug Russlands auch vom technischen Zustand der ISS abhängt und jederzeit nach 2024 kommen könnte.

Im vergangenen Jahr erklärte Wladimir Solowjow, ebenfalls ein ehemaliger sowjetischer Kosmonaut und Chefkonstrukteur des Raumschiffherstellers RSC Energia, dass Russland bereits 2028 mit dem Bau einer eigenen Raumstation beginnen werde. Das Projekt werde auf dem Science Power Module 1 aufbauen, das ursprünglich für die ISS konzipiert war, nun aber umgewidmet wird, sagte Solowjow damals.

Der vormalige Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin sagte voraus, dass die ISS, die die NASA bis 2030 betreiben will, bis dahin "auseinanderfallen" werde, wenn nicht "riesige Summen" in die Reparatur investiert würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fa579848fbef58b36a9abb.jpg>

Modell der künftigen russischen Orbitalstation ROSS am Stand der staatlichen Korporation Roskosmos während des internationalen militärtechnischen Forums "Armee 2022"

21:07 de.rt.com: **Mehreren in der DVR angeklagten ausländischen Söldnern droht Todesstrafe**

Ein Gericht in der Donezker Volksrepublik (DVR) hat Anklage gegen fünf ausländische Söldner erhoben, die für ukrainische Verbände im Donbass gekämpft haben, wie [RIA Nowosti](#) berichtet. Die Männer werden beschuldigt, die folgenden Straftaten begangen zu haben:

- Matthias Gustavsson (Schweden): Teilnahme an Kampfhandlungen als Söldner und Ausbildertätigkeit für eine gewaltsame Machtergreifung;

- Vekoslav Prebeg (Kroatien): Teilnahme an Kampfhandlungen als Söldner und Ausbildertätigkeit für eine gewaltsame Machtergreifung;
- John Harding (Großbritannien): Teilnahme an Kampfhandlungen als Söldner und Ausbildertätigkeit für eine gewaltsame Machtergreifung;
- Andrew Hill (Großbritannien): Teilnahme an Kampfhandlungen als Söldner;
- Dylan Healy (Großbritannien): Anwerbung von Söldnern.

Gustavsson, Prebeg und Harding droht die Todesstrafe. Die Frage des Richters, ob sie sich über alle Einzelheiten der Anklage im Klaren seien, bejahten die fünf ausländischen Staatsangehörigen. Keiner von ihnen wollte jedoch ein Schuldeingeständnis ablegen.

Laut [TASS](#) sagte der Richter während der Verhandlung:

"Das Gericht ist verpflichtet klarzustellen, dass die Anklage gegen Gustavsson, Prebeg und Harding die Todesstrafe vorsieht."

Das Verfahren soll Anfang Oktober fortgesetzt werden.

Drei weitere in Mariupol gefangengenommene Ausländer, die beiden Briten Shaun Pinner und Aiden Aslin sowie der Marokkaner Brahim Saadoun, wurden zuvor in Donezk zum Tode verurteilt. Alle drei bekannten sich schuldig, sich an der bewaffneten Aggression ukrainischer Streitkräfte beteiligt zu haben, deren Ziel es war, die Macht in der DVR zu übernehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fa93f248fbef218c29f39e.jpg>

Von links: Vekoslav Prebeg, Dylan Healy, John Harding, Matthias Gustavsson und Andrew Hill. Die ausländischen Söldner ukrainischer bewaffneter Verbände sind für ihre Teilnahme an Kampfhandlungen in der DVR angeklagt. Gerichtssaal in Donezk, 15. August 2022.

21:20 de.rt.com: **Barentssee: Britisches Spionageflugzeug verletzt russische Grenze bei Kap Swjatoi Nos**

Ein britisches Aufklärungs- und elektronisches Kampfflugzeug (EWB) hat über der Barentssee in der Nähe von Kap Swjatoi Nos die russische Staatsgrenze verletzt. Das russische Verteidigungsministerium erklärte dies am Montag gegenüber Reportern, wie [TASS](#) meldete. In der Erklärung heißt es:

"Die Luftabwehrkräfte, die über der Barentssee im Einsatz sind, haben ein unbekanntes Luftziel entdeckt, das sich auf die russische Staatsgrenze zubewegte. Um die Verletzung der Staatsgrenze zu stoppen, wurde ein MiG-31BM-Kampffjet von den diensthabenden Luftverteidigungskräften abgezogen, die ihn als ein RC-135-Funkaufklärungs- und elektronisches Kampfflugzeug der britischen Luftwaffe identifizierten."

Das russische Ministerium betonte, dass das Ziel aus der Luft die russische Grenze in der Nähe von Kap Swjatoi Nos verletzt habe. Das Aufklärungsflugzeug wurde durch die Aktionen der russischen Jagdflugzeugbesatzung aus dem russischen Hoheitsgebiet vertrieben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fa9ada48fbef2004462f1b.jpg>
MiG-31-Abfangjäger auf einem Übungsflug, Lipezk, Juli 2020

21:47 de.rt.com: **Lettland liefert vier Kampfhubschrauber an die Ukraine**

Lettlands Verteidigungsminister Artis Pabriks hat die Übergabe von vier Kampfhubschraubern an die Ukraine bekannt gegeben. Er [schrieb](#) auf Twitter:

"Die ukrainische Luftwaffe hat soeben vier Hubschrauber als Geschenk von Lettland erhalten. Bald werden sie bei der ukrainischen Armee in Dienst gestellt."

Wie die ukrainische staatliche Nachrichtenagentur Ukrinform unter Verweis auf lettische Medien berichtete, handelt es sich um zwei Hubschrauber vom Typ [Mi-17](#) und zwei weitere vom Typ [Mi-2](#).

Außerdem forderte Pabriks in seinem Tweet die westlichen Staaten auf, die Unterstützung der Ukraine mit Waffen nicht einzustellen. Russland hatte zuvor mehrmals betont, dass Waffenlieferungen an Kiew den Konflikt nur verlängern würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fa9b70b480cc0fff4759f3.jpg>

21:56 de.rt.com: **Ex-Präsident Afghanistans: Millionen Afghanen werden fliehen – vor allem nach Deutschland**

Ein Jahr nach seiner Flucht aus Afghanistan angesichts der Machtübernahme der Taliban prognostiziert der frühere Präsident Aschraf Ghani eine große Flüchtlingsbewegung aus seinem Land. Die meisten der Flüchtlinge würden seiner Meinung nach versuchen, nach Deutschland zu kommen.

Ein Jahr nach seiner Flucht aus Afghanistan angesichts der Machtübernahme der Taliban sagt der frühere afghanische Präsident Aschraf Ghani eine große Flüchtlingsbewegung aus seinem

Land voraus. "Millionen werden versuchen, aus Afghanistan zu flüchten", [prognostiziert](#) Ghani, der zurzeit im Exil lebt. Die meisten der Flüchtlinge würden seiner Meinung nach versuchen, nach Deutschland zu kommen. Ob sie es bis nach Deutschland schaffen, hänge "auch von den Schleppern ab". Diese seien "Teil eines kriminellen Netzwerks". Die Möglichkeit, nach Deutschland zu kommen, sei "eine Frage der Erschwinglichkeit".

Der in den Vereinigten Arabischen Emiraten lebende Ghani sagte, dass er sich weiterhin als "rechtmäßiges Staatsoberhaupt Afghanistans" betrachte – und es daher begrüßen würde, von der deutschen Bundesregierung empfangen zu werden. "Wenn sie an Lösungen interessiert sind, habe ich eine Menge Ideen", so Ghani.

Der ehemalige afghanische Präsident verteidigte unter anderem seine Flucht aus dem Land in einem Interview mit CNN. "Ich bin gegangen, da ich den Taliban und ihren Anhängern nicht das Vergnügen bereiten wollte, einen afghanischen Präsidenten erneut zu demütigen", sagte er am Sonntag.

Ghani war am 15. August 2021 ins Ausland geflohen. Innerhalb von Stunden fiel an diesem Tag die Stadt an die Taliban, die seitdem das Land regieren. Seit der Machtübernahme der Taliban wurde Afghanistan von einer Reihe von Anschlägen erschüttert. Ein Jahr danach ist Afghanistans wirtschaftliche Lage desaströs. Zur Verschärfung der Lage tragen die gesperrten Konten des afghanischen Staates durch die USA bei. Vor Kurzem haben dutzende Wirtschaftsexperten die US-Regierung aufgefordert, eingefrorene Milliarden der afghanischen Zentralbank freizugeben. Die Autoren des Briefes, unter ihnen Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, zeigten sich zutiefst besorgt über die sich in Afghanistan entwickelnde wirtschaftliche und humanitäre Katastrophe und insbesondere die Rolle der US-Politik.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fa3d0fb480cc3b1d280fc2.jpg>

Der frühere afghanische Präsident Aschraf Ghani

22:56 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister Schoigu telefoniert mit UN-Generalsekretär Guterres**

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat bei einem Telefongespräch mit dem Generalsekretär der UNO Antonio Guterres die Bedingungen für einen sicheren Betrieb des Kernkraftwerks Saporoschje besprochen. Dies teilte Russlands Verteidigungsministerium mit. Schoigu und Guterres hätten außerdem Meinungen in Bezug auf eine Mission zur Überprüfung des Vorfalls im Gefangenenlager in Jelenowka ausgetauscht. Dort wurden nach russischen Angaben gefangene Angehörige des ukrainischen Asow-Regiments durch ukrainischen Raketenbeschuss getötet. In der entsprechenden Meldung hieß es weiter: "Außerdem wurden die Initiativen der UNO hinsichtlich der Vereinfachung des Exports von russischen Lebensmitteln und Düngemitteln besprochen."

Angaben der dpa zufolge bestätigten die UNO in New York das Telefonat. Details wurden nicht genannt.

vormittags:

6:00 de.rt.com: Ungarns Parlamentssprecher: Sanktionen gegen Russland "grundfalsch"

Der Wirtschaftskrieg der Europäischen Union gegen Russland wird die Wirtschaft des Blocks lähmen, warnte László Kövér, der Sprecher des ungarischen Parlaments. Der Königsweg zumindest für sein Land liege in der Zusammenarbeit mit Ost und West gleichermaßen.

Der Sprecher der ungarischen Nationalversammlung László Kövér hat die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland als "grundfalsch" verurteilt und wirtschaftlich prekäre Zustände in den EU-Mitgliedsstaaten als deren Ergebnis vorausgesagt. Kövér, selbst ein langjähriger Kritiker der EU, fügte hinzu, dass der Erfolg Ungarns von der Zusammenarbeit mit Ost und West abhängen.

In seiner Rede in der ungarischen Stadt Bugac am Samstag umschrieb Kövér die Entscheidung der EU zu massiven Wirtschaftssanktionen gegen Russland, während man weiterhin auf dessen Energieexporte angewiesen sei, mit einem ungarischen Sprichwort: "Die Brüsseler Politiker haben ihr Bein über **kein** Pferd geschwungen."

Diese einfache Einsicht offenbarte er den Besuchern des Kurultaj-Festivals, einer jährlichen Veranstaltung zur Feier der eurasischen und türkischen Steppen-Nomaden-Pferdekultur.

Kövér fügte dem hinzu, dass die Sanktionen, die in sieben aufeinanderfolgenden Runden verhängt wurden, seit Russland im Februar seine Militäroperation in der Ukraine begann, "kernfalsch" seien und Europa in den wirtschaftlichen Ruin treiben würden.

Kövér ist Mitglied der Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, und auch Orbán selbst hatte sich in der Vergangenheit zur Brüsseler Sanktionspolitik mehrfach ähnlich geäußert. So [stellte](#) Ungarns Regierungschef in einer Rede im vergangenen Monat trocken fest:

"Die Sanktionen bringen Moskau nicht wie beabsichtigt aus dem Gleichgewicht."

Stattdessen sei etwas anderes eingetreten:

"Europa ist in Schwierigkeiten."

Die EU, die rund 40 Prozent ihres Erdgases und ein Drittel ihres Erdöls aus Russland bezieht, sieht sich nun steigenden Energiekosten und einer Rekordinflation gegenüber – alles, nachdem sie ein teilweises Verbot für Importe russischen Öls verhängte und eine schrittweise Reduzierung der russischen Gasimporte ankündigte. Wo aber mehrere EU-Staaten bereits Stromrationierungen verhängen mussten und sich die Lage mit dem Wintereinbruch noch deutlich verschärfen wird – nach der Aussage von Bundesaußenministerin Baerbock sogar sehr drastisch –, ist es Ungarn jedoch gelungen, für sich eine Ausnahme vom Ölembargo herauszuschlagen, und es führte zudem jüngst erfolgreich Gespräche mit Moskau mit dem Ziel, seine Gasbezüge aus Russland zu erhöhen.

Mit dieser Haltung und diesen Sonderkonditionen ist Ungarn ein Ausreißer in der EU-Außenhandelspolitik. Ebenso ist Orbáns Beharren darauf, dass die NATO-Politik der Aufrüstung der Ukraine gegen Russland eine verlorene Sache sei, im europäischen Wirtschaftsblock eine große Ausnahme. Dies wird vom ungarischen Ministerpräsidenten jedoch ohne große Bedenken hingenommen: So reagierte er Anfang des Monats auf diesbezügliche Kritik mit der Aussage, Brüssel sei "nicht unser Chef" und die "unabhängige, souveräne ungarische Nation" werde daran arbeiten, "EU-Politik zu verhindern", sofern sie nicht in Ungarns nationalem Interesse liege.

Dennoch ist Ungarn als EU-Mitglied an den meisten Brüsseler Sanktionen gegen Russland beteiligt. Ebenso wäre Ungarn als NATO-Land verpflichtet, sich auf die Seite der von den USA geführten Allianz zu stellen, wenn diese in einen offenen Krieg mit Russland verwickelt würde.

Diese Kombination von Zusammenhängen dürfte es denn auch gewesen sein, die Parlamentssprecher Kövér dazu bewog, in seiner Rede am Samstag Ungarns Geschichte und Geografie als die einer "Brücke" zwischen Ost und West zu beschreiben – und folgenden frommen Wunsch kundzutun:

"Wenn sich der Osten und der Westen feindlich gegenüberstanden, brachte das nur den Niedergang. Doch würden sie zusammenarbeiten, hätte [auch] Ungarn Chancen, aufzusteigen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fa536648fbef22fe0bca55.jpg>

Parlamentsgebäude am Donauufer in Budapest

6:30 de.rt.com: **Energiekrise: Linke ruft zu Montagsdemos auf – NRW-Innenminister warnt vor neuen "Staatsfeinden"**

Die Linke ruft die Bürger angesichts der beschlossenen Gasumlage zu Demonstrationen auf. Die Umlage sei ein "Schlag gegen den Osten", so der Linken-Politiker Sören Pellmann. Nordrhein-Westfalens Innenminister warnt unterdessen vor neuen "Staatsfeinden" in der Energiekrise.

Angesichts der am Montag beschlossenen Gasumlage ruft Die Linke Bürger zu Demonstrationen gegen die geplante Umlage auf. Parteichef Martin Schirdewan sagte am Montag in Berlin:

"Ich hatte Ihnen ja einen heißen Herbst der sozialen Proteste gegen die soziale Kälte der Bundesregierung angekündigt."

Weil sich die Regierung für einen unsozialen Kurs entschieden habe, "werden wir diesen Protest mit unterstützen, werden ihn da, wo wir können, auch mit organisieren". Auch der Ostbeauftragte der Linksfraktion, Sören Pellmann, rief die Bürger Ostdeutschlands zu Demonstrationen auf. Da die Einkommen und Rücklagen dort geringer seien, sei die Gasumlage ein "Schlag gegen den Osten".

"Die Menschen sollten sich wehren. Wir brauchen neue Montagsdemos im Osten wie damals gegen Hartz IV."

Herbert Reul (CDU), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, zeigte sich hingegen besorgt, dass die Stimmung in Land schlechter wird und sich "Ungutes zusammenbraut". Er befürchtet, dass Themen wie die Energiekrise, der Krieg in der Ukraine und die Inflation sogenannten "Verschwörungstheoretikern" neue Nahrung geben, und erklärte ntv:

"Es geht jetzt nicht mehr um Protestler, sondern es geht fast um so was wie neue Staatsfeinde, die sich da etablieren."

Das Protestpotenzial sei nicht größer geworden, aber die Anlässe intensiver:

"Ich habe schon Sorge, wenn das richtig handfest wird – Energiekrise, Preise, kaltes Wohnzimmer, beim Sprit wird's immer teurer –, dass dann der Boden für solche Narrative, für solche Verschwörungstheorien größer wird."

Corona sei zwar kein Thema mehr, aber die Sorgen und Ängste der Menschen würden nun "auf anderen Feldern missbraucht" – und diese "sind nicht von Pappe", so Reul. Einen allgemeinen Einsatzstab wegen einer möglichen Energiekrise einzuberufen, hält der Minister zwar für verfrüht, allerdings müsse die Polizei arbeitsfähig bleiben. Auch für den Fall eines Blackouts sei man gewappnet: Damit die Polizisten auch bei einem Stromausfall telefonieren

können, habe man über 100 Satellitentelefone bestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fa9a71b480cc53171e9d3b.jpg>
Demonstration gegen Corona-Maßnahmen in Halle a. d. Saale, 24. Januar 2022

7:00 de.rt.com: **Russische Botschaft in Washington warnt vor erhöhten nuklearen Risiken aufgrund von US-Aktionen**

Die Vereinigten Staaten handeln weiterhin ohne Rücksicht auf die Sicherheit und die Interessen anderer Staaten, was zu erhöhten nuklearen Risiken führt. Das teilte die russische Botschaft in Washington in einem Kommentar mit, der am Montag auf dem Telegram-Kanal der diplomatischen Vertretung veröffentlicht wurde. Darin heißt es laut [TASS](#):

"Heute handeln die USA weiterhin ohne Rücksicht auf die Sicherheit und die Interessen anderer Länder, was zu erhöhten nuklearen Risiken beiträgt. Die Bestrebungen der USA, sich im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise weiter auf eine hybride Konfrontation mit Russland einzulassen, bergen die Gefahr einer unvorhersehbaren Eskalation und eines direkten militärischen Zusammenstoßes der Atommächte."

Dies geschehe vor dem Hintergrund einer bewussten Demontage des langjährigen Systems der Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung durch Washington. Der einseitige Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Vertrag über Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen und die Aufkündigung der Teilnahme am Vertrag über den Offenen Himmel hätten den Regelungen zur Transparenz und Kontrolle von Atomraketen einen schweren Schlag versetzt, fügte die Botschaft zu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb18c6b480cc149e49ac0b.jpg>
g

7:31 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Volksrepublik Donezk in der Nacht**

Das ukrainische Militär beschoss das Gebiet der Donezker Volksrepublik (DVR) in der Nacht zum Dienstag drei Mal. Dies [meldet](#) die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die

Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands.

Die ukrainischen Streitkräfte sollen dabei die Stadtteile Kiewski und Kuibyschewski von Donezk sowie das Dorf Saizewo beschossen haben. Insgesamt seien mehr als zehn Geschosse abgefeuert, darunter auch NATO-Kaliber.

8:04 de.rt.com: **Moskau: "Es besteht das Risiko, dass in Afghanistan entführte Hubschrauber und Flugzeuge die Ukraine erreichen"**

Russland würde nicht wollen, dass etwa hundert Flugzeuge und Hubschrauber, mit denen das afghanische Militär im vergangenen Jahr nach Usbekistan und Tadschikistan geflohen ist, in die Ukraine gelangen. Das verkündete Samir Kabulow, der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für Afghanistan und Leiter der zweiten Asienabteilung des russischen Außenministeriums, in einem Interview mit [RIA Nowosti](#). Er erklärte:

"Es ist wichtig für uns, dass die Hubschrauber und Flugzeuge nicht in die Ukraine gelangen, die auf dem Territorium Usbekistans und Tadschikistans gelandet sind, als afghanische Militärbefehlshaber und Soldaten geflohen sind und mehrere Dutzend Hubschrauber und Flugzeuge bewegt haben. Etwa 60 nach Tadschikistan und etwa 40 bis 50 nach Usbekistan." Nachdem die Taliban im August vergangenen Jahres die Macht in Kabul übernommen hatten, flohen afghanische Luftwaffenpiloten mit ihren Familien in Flugzeugen und Hubschraubern nach Usbekistan und Tadschikistan.

Lokale Medien berichteten unter Berufung auf Beamte in Taschkent, dass die Republik keine Pläne habe, Militärflugzeuge nach Afghanistan zurückzuschicken, da sie Eigentum der USA seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb22d248fbef459141b1ac.jpg>

8:26 de.rt.com: **Ukrainische Armee feuert auf Donezk 15 Geschosse innerhalb von zwölf Minuten ab**

Die ukrainischen Streitkräfte haben innerhalb von zwölf Minuten 15 Geschosse im Kaliber 155 Millimeter auf Donezk abgefeuert, teilt die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut [RIA Nowosti](#) mit.

Außerdem berichtet das Büro, dass ukrainische Einheiten um 6:00 Uhr Moskauer Zeit weitere fünf Geschosse vom selben Kaliber auf die DVR abgefeuert haben.

In der Volksrepublik Donezk ist die Zahl der zivilen Opfer nach dem Beschuss durch ukrainische Streitkräfte in den vergangenen 24 Stunden auf neun gestiegen, [teilt](#) das Hauptquartier der territorialen Verteidigung der Republik mit.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 16.8.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 1 Panzer;
- 8 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 15. August haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Solotarewka und Werchnjaja Kamenka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Vertreter der gesellschaftlichen Organisation „Nahrung des Lebens. Donbass“ haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR warme Mahlzeiten für bedürftige friedlichen Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

8:55 de.rt.com: **Explosion in Munitionslager nahe Maiskoje auf der Krim**

In einem Lagerhaus nahe des Dorfes Maiskoje im Bezirk Dschankoi auf der Krim soll Berichten zufolge Munition explodiert sein. Das berichtete Nikolai Karpez, Vorsitzender des Dorfrates und Leiter der Verwaltung der Dorfsiedlung, gegenüber [RIA Nowosti](#). Er teilte mit: "Ja, es gab eine Detonation von Munition. Sie geschah gegen sechs Uhr morgens."

Einzelne Explosionen seien noch immer im Gange, fügte Karpez hinzu.

Das russische Verteidigungsministerium bestätigte die Informationen über die Detonation von Munition:

"Am 16. August gegen 6.15 Uhr Moskauer Zeit kam es zu einem Brand im Bereich einer Deponie für die vorübergehende Lagerung von Munition einer der Militäreinheiten. Das Feuer führte zur Detonation der gelagerten Munition."

Bisher seien keine schweren Schäden zu beklagen. Zurzeit würden Maßnahmen ergriffen, um das Feuer zu löschen und die Ursachen für die Entzündung zu ermitteln.

Laut dem Chef der Krim-Regierung Sergei Aksjonow dauern die Explosionen am Ort des Geschehens an. Zwei Zivilisten seien verletzt worden. Aus Sicherheitsgründen habe das Militär das Gebiet in einem Umkreis von fünf Kilometern abgesperrt und sei dabei, die Anwohner zu evakuieren.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.8.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen der DVR-Vertretung im GZKK **361 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 9 Zivilisten und 6 wurden verletzt**. 39 Wohnhäuser und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch

ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Schützenpanzer, 2 Geländefahrzeuge, 3 Mörsermannschaften und mehr als 10 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:31 de.rt.com: **Finnlands Ex-Außenminister: Selenskijs Forderung könnte zur Spaltung der EU führen**

Die Forderung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, keine Visa mehr an Russen auszustellen, könnte zu einer Spaltung der EU führen, so der ehemalige finnische Außenminister Erkki Tuomioja auf Twitter. Seiner Ansicht nach würde die Uneinigkeit der EU-Länder in dieser Frage Moskau in die Hände spielen. Er betonte:

"Bei der Frage der Visaregelung für Russen ist es wichtig, dass die EU zu einem einheitlichen Standpunkt kommt. Ein Bruch der Einheit würde nur Putin nützen."

Der ehemalige finnische Außenminister unterstützte Bundeskanzler Olaf Scholz, der sich dafür aussprach, die Visumpflicht für russische Staatsbürger nicht zu beschränken. Tuomioja wörtlich:

"Ich glaube, dass die deutsche Linie eher gerechtfertigt ist als die estnische."

Zuvor hatte Selenskij von den EU-Ländern gefordert, allen Russen die Einreise für ein Jahr zu verbieten und sorgte damit in der EU für eine Kontroverse.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb299ab480cc03ce0597e9.jpg>

Erkki Tuomioja

9:38 de.rt.com: **Weltweit einsetzbar: US-Armee gründet "Abschreckungstriade" gegen Russland und China**

Ein Zusammenschluss aus drei Kommandoeinheiten des US-Militärs will künftig umfassender auf Angriffe jedweder Art reagieren können. Dies beinhaltet demnach tödliche Operationen in der physischen Welt, gepaart mit nicht-tödlichen Operationen wie Informationskriegsführung – weltweit.

Die US-Armee hat zur Verbesserung ihrer operativen Fähigkeiten auf dem Schlachtfeld angesichts neuer Bedrohungen laut eigenen Angaben mit der Bildung einer neuen "Abschreckungstriade" aus den bisher getrennt agierenden Kommandos für Spezialeinsätze, für Weltraum- und Raketenabwehr sowie Cyberoperationen begonnen. "Wenn wir unserer Konkurrenz einen Schritt voraus sein wollen, ist eine enge Koordination zwischen dem Special Operations Command (SOCOM), dem Space Command (SPACECOM) und dem Cyber Command (CYBERCOM) ein Muss", sagte General James Dickinson, Leiter des US Space Command, am Dienstag auf dem [Space and Missile Defense Symposium](#), einer

Bildungs-, Weiterbildungs- und Networking-Veranstaltung der Weltraum- und Raketenabwehrgemeinschaft, in Huntsville, wo das Konzept von den befehlshabenden Generälen der drei Organisationen erstmals vorgestellt wurde.

Der Sinn der Triade bestehe demnach darin, die Fähigkeiten der einzelnen Kommandos miteinander zu verknüpfen, um effektivere Strategien für die moderne Kriegsführung konzipieren zu können. Das Heer "entwickelt einen innovativen Weg, um asymmetrische Vorteile zu generieren, indem es die Wirkung von weltraumgestützten Cyber- und SOF-Fähigkeiten (Special Operations Forces) über das gesamte Spektrum eines Konflikts hinweg zusammenführt", so Dickinson. "Diese Einfluss-Triade stellt eine wichtige Entwicklung in diesen hochspezialisierten Bereichen dar."

Dies könnte laut Dickinson auch die Bildung kombinierter Teams für die Verteidigung kritischer Cyber-Infrastrukturen oder die Bildung von Zellen für die Informationskriegsführung umfassen, in denen Satelliteneinsätze durch Spezialeinheiten unterstützt werden. "Die Verschmelzung traditioneller weltraumgestützter Fähigkeiten mit Cyber- und Spezialoperationen kann neue und reaktionsschnelle Abschreckungsoptionen schaffen", so Dickinson weiter. Hierbei würde die neue Triade von zwei weiteren Triaden unterstützt:

"Eine, die die Verschmelzung von weltraum-, see- und landgestützten Sensoren beinhaltet, und eine, die auf der Verbesserung der dienststelleninternen und internationalen Partnerschaften basiert."

"Wir wissen, dass die Weltraumkapazitäten der Armee noch eindrucksvoller werden, wenn sie zusammen mit Cyber- und Spezialoperationen eingesetzt werden", ergänzte Generalleutnant Daniel Karbler, Kommandeur des Space and Missile Defense Command. "Dieser neue Dreiklang ermöglicht es uns, die individuellen Stärken optimal zu nutzen und bietet flexible Optionen zur Bekämpfung von Fehlinformationen, Cyberangriffen und irregulären asymmetrischen Bedrohungen. Zu diesen Optionen gehört es, jederzeit und überall überraschend anzugreifen und auf gegnerische Angriffe zu reagieren oder sie zu vergelten." Dies beinhaltet demnach tödliche Operationen in der physischen Welt, gepaart mit nicht-tödlichen Operationen wie Informationskriegsführung. "Wir haben Beispiele im Kampf gegen den IS, bei denen tödliche und nicht-tödliche Operationen für einen viel größeren, ganzheitlichen Effekt kombiniert wurden", erklärte der Kommandeur des US-Special Operations Command, Jonathan Braga, gegenüber den anwesenden Reportern. Diese Strategie hätte eine größere Wirkung erzielt, als man das im Vorfeld für möglich gehalten hatte.

Doch mit dem Ende des 20-jährigen Krieges im Nahen Osten habe sich der Schwerpunkt des Militärs auf "fähigere Gegner in China und Russland" verlagert, die "weitaus raffinierter sind als terroristische Gruppen". In der heutigen Kriegsführung sei nahezu jeder Bereich umkämpft, so Braga. Deshalb müsse die US-Armee auch die Konvergenz von Weltraum-, Cyber- und Spezialoperationsfähigkeiten beschleunigen, um "unsere Beobachter im gesamten Spektrum herauszufordern". Während die gegnerischen Streitkräfte weiterhin in das Sammeln von Informationen und das Ausnutzen kritischer Schwachstellen investieren, müsse die US-Armee die drei Kommandos hingegen dafür nutzen, die gegnerischen Streitkräfte abzuschrecken.

"Informationsoperationen sind extrem wichtig, Einflussoperationen sind extrem wichtig, ein Beitrag zur integrierten Abschreckung ist extrem wichtig."

Laut Braga soll das "neue moderne Konzept der Cyberspace- und Special Operations-Triade" die nukleare Triade der Vereinigten Staaten aber nicht ersetzen, sondern lediglich die "integrierte Abschreckung" verbessern. "Wenn man sich noch einmal ansieht, was die Triade als Teil der integrierten Abschreckung bringt – nämlich die Fähigkeit, das Kalkül des Gegners zu beeinflussen –, dann wird die Triade das beeinflussen", fügte er hinzu. "Unser erster Schritt ist die Integration über gemeinsame und mehrere Kampfkommandos hinweg sowie mit

unseren Verbündeten und Partnern."

"Wir alle nutzen die Erkenntnisse der Nachrichtendienste für alles, was wir tun", so Braga weiter. "Aber als wir darüber nachdachten, stellte sich immer mehr heraus, dass wir uns in gewisser Weise ähneln: Wir sind alle überregional tätig, wir arbeiten alle für mehrere Vorgesetzte. Wir alle bringen Effekte ein, um zu versuchen, mit relativ kleinen Kräften, die zu einer viel größeren gemeinsamen Kraft beitragen, größere übergeordnete Effekte zu erzielen. Wir gehen philosophisch alle auf dieselbe Weise vor."

"Wir sehen das weltweit", erklärte General Maria Barrett, Befehlshaberin des US-Cyber Command. Keiner der Teilnehmer der Triade sei auf eine bestimmte Region beschränkt. "Sie ermöglicht es uns, mehr Optionen über das gesamte Spektrum von Wettbewerben, Krisen und Konflikten hinweg anzubieten", fügte sie hinzu. Da die Triade einen Rahmen schaffe, "können wir diese Dinge schneller als bisher umsetzen und Daten leichter austauschen", so Barrett.

Die befehlshabenden Generäle der drei Kommandos wollen in den nächsten 12 Monaten deshalb auch nach weiteren Möglichkeiten suchen, künftig effektiver zusammenzuarbeiten. So sollen auch im Einsatz stehende Kommandeure auf die Triade aufmerksam werden und sie zukünftig bei Operationen auf dem Schlachtfeld einsetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fa3458b480cc3f6a1a4f84.jpg>

9:51 de.rt.com: **Frau bei Beschuss durch ukrainische Truppen in Wladimirowka getötet**
Ukrainische Truppen haben das Dorf Wladimirowka in der Donezker Volksrepublik beschossen, dabei wurde eine Frau getötet. Dies teilte das Hauptquartier der DVR-Territorialverteidigung mit. In der Mitteilung hieß es:

"Die ukrainischen Streitkräfte haben Wladimirowka beschossen, eine Frau wurde getötet."

10:13 de.rt.com: **Estnische Regierung beginnt mit der Verlegung des T-34-Denkmalpanzers aus Narva**

Am Donnerstagmorgen gab die estnische Regierung bekannt, dass sie das T-34-Panzerdenkmal von Narva in das Estnische Kriegsmuseum verlegen wird und dass die Umsetzung des Vorhabens bereits begonnen hat. Das berichtet der staatliche Rundfunk [ERR](#). In dem Medienbericht heißt es:

"Etwa 20 Fahrzeuge der Polizei und der Spezialdienste trafen am Morgen an dem Panzer ein. Personen, die sich in der Nähe des Denkmals aufgehalten hatten, wurden aufgefordert, den Ort zu verlassen. Auch Journalisten wurden aufgefordert, sich zu entfernen. Das Gebiet um das Denkmal wurde abgesperrt und die Straße zum Denkmal blockiert."

Anfang August erklärte die estnische Premierministerin Kaja Kallas, dass die Regierung beschlossen habe, alle sowjetischen Denkmäler im Land so schnell wie möglich abzubauen. Sie wies gesondert auf die Situation mit dem T-34-Panzer hin und betonte, dass die Entscheidung über die Verlegung des Denkmals von der Regierung getroffen werde, wenn die Stadtverwaltung nicht beabsichtigt, den Panzer aus eigener Kraft zu entfernen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb38d648fbef5afe170e97.jpg>
T-34-Panzer-Denkmal in Narva, Estland

10:14 de.rt.com: **Um russische Vermögenswerte loszuwerden: Wall Street handelt wieder mit russischen Anleihen**

Mehrere große US-Banken haben den Handel mit russischen Schuldverschreibungen wieder aufgenommen, nachdem sie grünes Licht aus Washington erhalten hatten, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters am Montag. Ziel sei es, sich von russischen Anleihen zu trennen. Wie die Nachrichtenagentur Reuters am Montag unter Berufung auf Bankunterlagen berichtete, haben mehrere große US-Banken den Handel mit russischen Schuldverschreibungen wieder aufgenommen, nachdem sie grünes Licht aus Washington erhalten hatten.

Dem Bericht zufolge sind die Wall-Street-Größen JPMorgan Chase, Bank of America, Citigroup, Deutsche Bank, Barclays und Jefferies "vorsichtig auf den Markt für russische Staats- und Unternehmensanleihen zurückgekehrt".

Die Nachricht kam, nachdem das US-Finanzministerium im Juli Richtlinien veröffentlicht hatte, die es US-Banken erlaubten, Transaktionen mit russischen Wertpapieren zu erleichtern, abzurechnen und abzuwickeln, wenn dies den US-Inhabern half, sich allmählich von ihnen zu trennen.

Zuvor hatten die meisten US-amerikanischen und europäischen Banken ihre Geschäfte mit russischen Wertpapieren eingestellt, nachdem das Finanzministerium im Rahmen der Wirtschaftssanktionen gegen Moskau ein Verbot von Transaktionen mit russischen Vermögenswerten verhängt hatte.

Bank of America, Barclays, Citi und JPMorgan lehnten auf Anfrage von Reuters eine Stellungnahme zu dem Bericht ab.

Ein Sprecher von Jefferies sagte der Nachrichtenagentur, die Bank arbeite "im Rahmen der globalen Sanktionsrichtlinien, um unseren Kunden die Bewältigung dieser komplizierten Situation zu erleichtern", während eine Quelle bei der Deutschen Bank sagte, das Finanzinstitut arbeite mit russischen Wertpapieren auf einer Fall-zu-Fall-Basis.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fb498cb480cc2243229979.jpg>
Aufnahme der New Yorker Börse (NYSE) vom 05. August 2022

10:47 de.rt.com: **Behörden im Gebiet Saporoschje rufen Ukrainer zur Evakuierung auf**
Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptverwaltungsrates des Gebietes Saporoschje, fordert die Menschen in den von Kiew kontrollierten ukrainischen Gebieten auf, in die befreiten Gebiete zu ziehen. Er sagte [RIA Nowosti](#):

"Der Winter steht vor der Tür, und in der Stadt Saporoschje, die vorübergehend unter der Kontrolle des Selenskij-Regimes steht, wurde die zentrale Warmwasserversorgung bereits unterbrochen und die Tarife steigen ständig, sodass die Heizsaison dort natürlich unterbrochen werden wird. Wenn die Menschen es wollen, können sie in die befreiten Gebiete evakuiert werden. Sie werden dort auf jeden Fall warm und sicher sein und heißes Wasser haben."

Laut Rogow wird derzeit im Gebiet Saporoschje eine Gaspipeline gebaut, die die Lieferung von Gas aus Russland ermöglichen wird.

11:17 de.rt.com: **Hotels auf Zypern und Mauritius vermissen Touristen aus Russland**
Zuerst die COVID-19-Pandemie, dann der Ukraine-Krieg: Reisen ins Ausland werden für russische Bürger immer teurer und komplizierter. Das Gastgewerbe in einigen beliebten Urlaubszielen vermisst nun Gäste aus Russland. Einige Hotels müssen ihre Marktstrategien überdenken.

Der Ukraine-Krieg hat nach der COVID-19-Pandemie die Reisemöglichkeiten für russische Bürger weiter eingeschränkt. Wegen der westlichen Sanktionen gegen die russische Luftfahrtbranche sind die Flugrouten in einige Länder jetzt wesentlich länger und teurer. Hinzu kommen noch Schwierigkeiten bei Kartenzahlungen: Während die beiden weltweit größten Zahlungsdienstleister Visa und Mastercard den russischen Markt verlassen haben, wird das nationale Zahlungssystem Mir bislang nur in relativ wenigen Ländern der Welt akzeptiert.

Vor dem Hintergrund der sich häufenden Forderungen, russischen Bürgern keine Schengen-Visa auszustellen, hat die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti eine Umfrage unter ausländischen Hotels durchgeführt und festgestellt, dass einige davon russische Touristen vermissen. Natasha Glover-Webber, Verkaufsdirektorin des Hotels JW Marriott Mauritius Resort, teilte mit, dass immer weniger Touristen aus Russland die Ferieninsel im Indischen Ozean als ihr Reiseziel wählten:

"Vor der Pandemie betrug der Anteil des russischen Marktes an unserem Geschäft fünf Prozent. Nach der Öffnung der Grenzen verdoppelte sich diese Zahl und blieb auf diesem Niveau bis Februar."

Obwohl es derzeit kaum Buchungen gebe, bleibe die Hotelleitung optimistisch. Wer trotz aller Schwierigkeiten komme, tue dies wegen der instabilen Situation in Russland und der Kursschwankungen am häufigsten im Rahmen einer Last-Minute-Tour. Gleichzeitig verzeichne das Hotel längere Aufenthalte. Der Verkaufsdirektorin zufolge sei es ihrem Resort

nicht schwergefallen, sich schnell auf andere Märkte umzustellen.

"Unter den jetzigen Umständen sehen wir keinen Bedarf, unsere Preise nach unten zu korrigieren, weil die Mehrheit unserer Kunden, die für unsere Gewinne entscheidend sind, aus Europa kommt. Und sie reisen jetzt aktiv."

Einige Hotels, die zuvor überwiegend auf russische Touristen orientiert waren, müssen nun ihre Marktstrategien revidieren. Panayiotis Markou, Verkaufsdirektor des zypriotischen Hotels Cap St Georges Hotel & Resort, teilte RIA Nowosti mit, sein erst im Juni 2022 eröffnetes Hotel sei stark auf Gäste aus Russland ausgelegt gewesen:

"An die 33 Prozent unserer Gäste sollten aus Russland und den GUS-Ländern kommen. Natürlich mussten diese Zahlen völlig überdacht werden."

Zugleich stellte der Verkaufsdirektor fest, dass die wenigen Touristen aus Russland nach wie vor großzügig seien. Solche Gäste buchten luxuriöse Zimmer, teure Spa-Behandlungen und exquisite Gerichte in Restaurants.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fb57ca48fbef5afe170eb4.jpg>
Badegäste am Strand Mackenzie Beach in Larnaka auf Zypern, 20. April 2022

11:22 de.rt.com: **Putin: Der Westen nutzt die Ukraine als Kanonenfutter**

Der Westen benötige Konflikte, um seine Hegemonie aufrechtzuerhalten. Deshalb hat er der Ukraine die Rolle des Kanonenfutters zugeordnet, so der russische Präsident Wladimir Putin auf der Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit. Er erklärte laut [RIA Nowosti](#): "[Der Westen] benötigt Konflikte, um seine Hegemonie aufrechtzuerhalten. Deshalb hat er dem ukrainischen Volk die Rolle des Kanonenfutters zugeordnet, das Anti-Russland-Projekt [in der Ukraine] umgesetzt, die Verbreitung der Neonazi-Ideologie und den Massenmord an den Bewohnern des Donbass ignoriert und das Kiewer Regime mit Waffen vollgepumpt und tut dies auch weiterhin."

Putin [fügte](#) hinzu, dass die Achtung des Völkerrechts wiederhergestellt werden müsse und hob hervor:

"Wir müssen die Achtung des Völkerrechts, seiner grundlegenden Normen und Prinzipien wiederherstellen. Und natürlich ist es wichtig, die Position solch universeller, von allen Ländern anerkannter Strukturen wie der Vereinten Nationen und anderer internationaler Dialogplattformen zu stärken."

Der Sicherheitsrat und die UN-Generalversammlung, so wie sie ursprünglich konzipiert wurden, sollten als wirksame Instrumente zum Abbau internationaler Spannungen und zur Konfliktverhütung dienen und dazu beitragen, die Sicherheit und das Wohlergehen der Länder und Völker zuverlässig zu gewährleisten, so der russische Staatschef.

Putin stellte außerdem fest, dass die westlichen globalistischen Eliten mithilfe von Provokationen versuchen, die Aufmerksamkeit ihrer Bürger von akuten sozioökonomischen Problemen – sinkender Lebensstandard, Erwerbslosigkeit, Armut, Deindustrialisierung – in ihren eigenen Ländern abzulenken. Er betonte:

"Sie schieben ihr eigenes Versagen auf andere Länder – auf Russland, auf China – ab. Länder,

die ihren eigenen Standpunkt verteidigen, eine souveräne Entwicklungspolitik aufbauen und sich nicht dem Diktat supranationaler Eliten unterwerfen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb535f48fbef4ced5abb1b.jpg>

11:41 de.rt.com: **Russische Luftabwehrsysteme schießen innerhalb von 24 Stunden zwei ukrainische Drohnen ab**

Russische Luftabwehrsysteme haben innerhalb eines Tages zwei ukrainische Drohnen und drei Mehrfachraketenwerfer-Geschosse abgeschossen. Das teilte der Pressedienst des russischen Verteidigungsministeriums am Dienstag mit. In der Erklärung hieß es laut [RIA Nowosti](#):

"Russische Luftabwehrkräfte haben in der Nacht zwei ukrainische Drohnen in den Ortschaften Topolewka in der Volksrepublik Lugansk und Tschariwnoje im Gebiet Cherson zerstört."

Darüber hinaus hätten die russischen Luftabwehrkräfte in den letzten 24 Stunden drei Mehrfachraketenwerfer-Geschosse in der Volksrepublik Donezk und im Gebiet Charkow abgeschossen.

nachmittags:

12:08 de.rt.com: **Anwälte von Julian Assange verklagen CIA wegen Bespitzelung und Spionage**

Assange lebte von 2012 bis 2019 in der ecuadorianischen Botschaft in London. US-Anwältinnen, die den WikiLeaks-Gründer vertreten, haben am Montag eine Klage gegen Trumps CIA-Direktor Mike Pompeo eingereicht. Der Vorwurf lautet, dass die Anwälte während eines Besuchs bei Assange von der CIA illegal ausspioniert wurden.

Die US-Anwältinnen Margaret Kunstler und Deborah Hrbek, beide mit dem Fall Assange betraut, haben am Montag den US-Geheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) und dessen ehemaligen Direktor Mike Pompeo vor dem US-Bezirksgericht für den südlichen Bezirk von New York verklagt. Beide Juristinnen, wie auch zwei sich der Klage anschließende Journalisten, Charles Glass und John Goetz, unterstellen der US-Behörde, dass sie während der Aufenthalte der Anwälte und Journalisten in der Londoner Botschaft Ecuadors Gespräche aufzeichnen ließ und Daten von den Telefonen und Computern kopierte, die die Besucher der vor Ort befindlichen Sicherheitsfirma aushändigen mussten.

Das klagende Quartett sind alles Amerikaner. Sie unterstellen der Behörde, dass "die CIA den Schutz der US-Verfassung für vertrauliche Gespräche mit dem Australier Assange verletzt

habe", so [Angaben](#) der australischen SBS News. Alle vier Kläger behaupten hinsichtlich des Aufzeichnungsvorwurfes, dass die CIA zum Zeitraum ihrer jeweiligen Besuche bei Assange in London, wo dem WikiLeaks-Gründer von 2012 bis 2019 in der Botschaft Ecuadors politisches Asyl gewährt wurde, mit einer "Sicherheitsfirma zusammengearbeitet" hätte, die wiederum "von der ecuadorianischen Botschaft beauftragt worden war, um den WikiLeaks-Gründer, seine Anwälte, Journalisten und andere Personen, mit denen er sich traf, auszuspionieren".

Julian Assange droht weiterhin – aufgrund der im Juni verkündeten finalen Genehmigung der britischen Innenministerin Priti Patel – die Auslieferung aus Großbritannien an die USA, wo er angeklagt ist, gegen das US-Spionagegesetz verstoßen zu haben, indem er 2010 US-Militär- und Diplomatenakten zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak veröffentlicht hat. Robert Boyle, ein New Yorker Anwalt, der die Klägergruppe in ihrer Klage vertritt, wird mit den Worten zitiert:

"Die Aufzeichnung von Treffen mit Freunden und Anwälten und das Kopieren der digitalen Daten seiner Anwälte und Freunde beeinträchtigt die Strafverfolgung, weil die Regierung nun den Inhalt dieser Kommunikation kennt."

Das Recht des WikiLeaks-Gründers auf ein faires Verfahren wäre durch die Vorwürfe "beeinträchtigt, wenn nicht gar zerstört", so Boyle weiter. In der Klageschrift werden die CIA, der ehemalige CIA-Direktor und frühere US-Außenminister Pompeo sowie die Sicherheitsfirma Undercover Global und ihr Geschäftsführer David Morales Guillen genannt. Undercover Global soll Informationen über elektronische Geräte der vier Kläger, einschließlich der Kommunikation mit Assange, ausgewertet und dann im Anschluss an die CIA weitergeleitet haben. Darüber hinaus heißt es in der Klage, dass die Sicherheitsfirma "Mikrofone rund um die Botschaft platzierte und der CIA Aufnahmen sowie Filmmaterial von Sicherheitskameras übermittelte". Dies verletzte laut den Klägern "den Schutz der Privatsphäre von US-Bürgern". Richard Roth, der führende Anwalt der Kläger, wird mit den Worten [zitiert](#):

"Die Verfassung der Vereinigten Staaten schützt amerikanische Bürger vor Übergriffen der US-Regierung, auch wenn die Aktivitäten in einer ausländischen Botschaft in einem fremden Land stattfinden."

Die spanische Zeitung El País enthüllte im September 2019 die Ereignisse der Abhöraffaire und des Datenklaus innerhalb der ecuadorianischen Botschaft. Julian Assange hatte Anfang Juli 2022 Berufung gegen die Entscheidung der britischen Regierung eingelegt, ihn final an die USA auszuliefern. Dort droht ihm weiterhin eine Haftstrafe von bis zu 175 Jahren. Die CIA lehnt es weiterhin ab, sich zu der Klageschrift zu äußern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fb4dd348fbef4b41448177.jpg>

12:43 de.rt.com: **Anhänger des Rechten Sektors im Gebiet Stawropol festgenommen**

Ein Anhänger der Extremistenorganisation Rechter Sektor, der geplant hat, Gebäude in Orten des Gebietes Stawropol in Brand zu setzen, wurde festgenommen. Er soll bereits ein

Geständnis abgelegt haben. Das verkündete die Zentrale für Öffentlichkeitsarbeit des Nachrichtendienstes FSB laut RIA Nowosti.

Der Einwohner von Stawropol soll im Juni Vertretern des Rechten Sektors die Treue geschworen haben. Er plante angeblich in deren Interesse Brandstiftungen an Verwaltungsgebäuden des Stadtbezirks Mineralowodsk und des Stadtbezirks der Kurstadt Schelesnowodsk, Gebiet Stawropol, zu begehen, so der FSB. In der Erklärung hieß es weiter: "Der Anhänger der Nationalisten hatte keine Zeit, seinen kriminellen Plan zu verwirklichen, da er von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen wurde. Bei einer Durchsuchung wurden Komponenten für die Herstellung von Brandsätzen gefunden und beschlagnahmt. Der Angeklagte hat gestanden."

Es wurde ein Strafverfahren gemäß Artikel 205 des Strafgesetzbuches Russlands (Vorbereitung einer terroristischen Handlung) eingeleitet.

13:01 de.rt.com: **Schoigu dementiert Vorwürfe eines möglichen Einsatzes von Chemiewaffen in der Ukraine**

Behauptungen über den möglichen Einsatz von Chemiewaffen während der russischen Sonderoperation in der Ukraine seien absurd, da Russland seine Bestände bereits 2017 vernichtet habe, [erklärte](#) der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Dienstag auf der Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit.

"Auch die Behauptungen über einen möglichen Einsatz von Chemiewaffen in der Ukraine sind absurd. Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese Waffen in unserem Land im Gegensatz zu den USA bereits 2017 im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen vollständig vernichtet wurden. Gleichzeitig sind Provokationen mit dem Einsatz von Giftstoffen zur Visitenkarte der vom Westen unterstützten sogenannten zivilgesellschaftlichen Organisationen wie den Weißhelmen in Syrien geworden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb5aadb480cc2243229989.jpg>
g

13:29 de.rt.com: **Verbotene französische Minen in verlassenen ukrainischen Stellungen entdeckt**

Das russische Verteidigungsministerium hat mitgeteilt, dass die russischen Streitkräfte in verlassenen Stellungen der ukrainischen Truppen in der Nähe von Artjomowsk französische Panzerabwehrminen entdeckt haben, die gegen die Genfer Konvention verstoßen.

Die Behörde fügte hinzu, dass es sich um die Stellungen der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte handele. Russische Soldaten fanden dort mehr als 50 EMP F2-Minen französischer Bauart, die nicht entschärft werden können, nachdem sie in den einsatzbereiten Zustand gebracht wurden. In der Erklärung des Verteidigungsministeriums heißt es laut [RIA](#)

Nowosti:

"Ihr Einsatz verstößt direkt gegen die Bestimmungen des zweiten Protokolls 'Über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen', das Teil der am 10. Oktober 1980 in New York verabschiedeten Genfer Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von nicht selektiven Waffen ist."

13:47 de.rt.com: **Jugendfestival auf der Krim: Veranstalter trotzen Cancel Culture**

Auf der Krim findet diese Woche das Jugendfestival Tawrida.ART statt. Daran nehmen unter anderem junge Leute aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk teil. Der Schwerpunkt des Events liegt auf der Förderung der russischen Kultur vor dem Hintergrund Cancel Culture.

Seit dem 15. August findet auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim ein Kultur- und Kunstfestival für Jugendliche statt. Etwa 4.000 junge Leute, darunter Studenten, aus ganz Russland machen bei Tawrida.ART mit. Unter ihnen sind Mitglieder des Kulturvereins Tawrida, Vertreter der Kultur-, Kunst- und Kreativszene, Blogger, Influencer und Vertreter von Studentenmedien. Außerdem nehmen daran Vertreter der Föderalen Agentur für Angelegenheiten der Jugend (Rosmolodesch) teil.

Die Veranstaltung wird bis zum 19. August dauern. Ihr Austragungsort ist die Kapselbucht in der Nähe von Sudak. Dieses Jahr sind die wichtigsten Mottos "Leben und Arbeit in Russland" und "Wir lassen uns nicht canceln".

Das Festival wurde am Montag mit einer bunten Show eröffnet. Zu dieser Veranstaltung waren auch Teilnehmer und Gewinner der Präsidenteninitiative "Russland – ein Land der Möglichkeiten", Teilnehmer des humanitären Projekts #WirSindZusammen für die Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, freiwillige Helfer sowie 500 junge Leute aus dem Donbass und den Gebieten Cherson und Saporoschje eingeladen worden. Russlands Präsident Wladimir Putin wandte sich am Montag an die Festivalteilnehmer mit einer Videobotschaft. Dort wies er darauf hin, dass die Jugendlichen durch "gemeinsame Werte" wie "Glauben an die Gerechtigkeit, Liebe zur Heimat, Streben nach Selbstentfaltung und ihren aufrichtigen Wunsch, Menschen zu helfen" vereint seien. Nach Ansicht des Präsidenten machen ebendiese Werte die russische Kultur aus. Mit Blick auf den Druck, unter den einige russische Künstler im Westen geraten waren, sagte der Staatschef:

"Alle Versuche, unsere Kultur und Russland zu canceln, sind vergeblich. Das ist einfach Unsinn. Und diejenigen, die anders denken, haben leider die Lehren aus der Geschichte nicht gezogen. Aber Geschichte wird von Menschen gemacht. Und heute macht ihr die Geschichte – junge Leute, die es wissen, zu träumen, zu schaffen, zu arbeiten und zu siegen."

Putin unterstrich außerdem, dass junge Menschen aus den befreiten Volksrepubliken Donezk und Lugansk am diesjährigen Festival teilnehmen. Er betonte auch, dass die Russen nur "gemeinsam" stark sein könnten. Der Präsident wünschte den jungen Menschen neue Freunde, Erfolg und alles Gute.

Das Festival Tawrida.ART findet zum vierten Mal auf der Krim statt. Die meisten Teilnehmer des Festivals sind kreative junge Menschen aus Russland. Tawrida ist einer der historischen Namen der Halbinsel Krim. Tawrida.ART ist Teil des föderalen Projekts "Jugend Russlands" und wird von der Rosmolodesch unterstützt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fb7935b480cc22432299a7.jpg>
Teilnehmerinnen des Festivals Tawrida.ART im Juni 2021 in Sudak

13:53 de.rt.com: Telegram mit Geldstrafe wegen Weitergabe von Daten von Teilnehmern der Sonderoperation in der Ukraine belegt

Ein Gericht in Moskau hat den Messenger-Dienst Telegram mit einer Geldstrafe von vier Millionen Rubel belegt, weil er sich weigerte, einen Bot zu entfernen, der persönliche Daten russischer Soldaten enthüllte, die an der Sonderoperation in der Ukraine teilnahmen. Außerdem sollen einige Telegram-Kanäle fälschliche Informationen veröffentlicht haben. Dies berichtete die Nachrichtenagentur [TASS](#) am Dienstag. Die Vertreter des Unternehmens erschienen nicht vor Gericht, obwohl ihnen der Termin der Anhörung mitgeteilt worden war. Daher wurde der Fall in ihrer Abwesenheit verhandelt.

14:25 de.rt.com: Finnland plant, Visumsvergabe an russische Bürger zu reduzieren

Der finnische Außenminister Pekka Haavisto spricht sich dafür aus, fünf- bis zehnmal weniger Visa an Reisende aus Russland zu erteilen. Damit würde Finnland etwa 100 bis 200 statt wie bisher 1.000 Visumsanträge pro Tag bearbeiten.

Finnland plant, die Erteilung von Visa an russische Staatsbürger drastisch zu reduzieren. Dies hat Helsinkis Außenminister Pekka Haavisto in einer Sendung des finnischen Kanals Yle verkündet. Dem Minister zufolge soll die Anzahl der angenommenen russischen Visumsanträge um fünf- bis zehnmal reduziert werden. Bei der gegenwärtigen Anzahl von etwa 1.000 Anträgen pro Tag würde dies bedeuten, dass nur 100 bis 200 Anträge täglich eingereicht werden dürfen. Haavisto betonte, dass vor allem die Vergabe von Touristenvisa reduziert werden soll und die Priorität auf Bürger, die Finnland aus familiären, beruflichen oder Studiengründen besuchen wollen, gesetzt werde.

Der finnische Außenminister bemerkte, dass die EU insgesamt eine einheitliche Position in Bezug auf die Visavergabe für russische Bürger ausarbeiten müsse. Finnland werde seine Entscheidung im Laufe des August festlegen. Einen EU-weiten Beschluss erwarte Haavisto im Herbst.

Zuvor hatten finnische Behörden behauptet, dass russische Bürger das Land als einen "Umschlagpunkt" nutzen würden, um vom Flughafen Helsinki aus andere europäische Länder zu erreichen, da die Union im Zusammenhang mit dem russischen Militäreinsatz in der Ukraine ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt hatte. Seit Jahresbeginn seien mit über 60.000 Anträgen mehr Visumsanträge als im gesamten Vorjahr eingereicht worden, erklärte Jussi Palmén, der Berater der finnischen Botschaft in Moskau für kulturelle Fragen, in der Yle-Sendung.

Andere EU-Länder, die an Russland grenzen, haben bereits schärfere Maßnahmen angekündigt. Estland wird ab dem 18. August russischen Bürgern mit einem in Estland

ausgestellten Schengen-Visum die Einreise verweigern. Litauen setzte sich für ein EU-weites Verbot dieser Art ein. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach sich indessen gegen ein generelles Einreiseverbot für russische Bürger aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fb5f8f48fbef4b41448189.jpg>

14:27 de.rt.com: **Minsk: Westen macht keinen Hehl daraus, dass er den Konflikt in der Ukraine verlängern will**

Der Westen will den Konflikt in der Ukraine in die Länge ziehen. Darauf wies der Staatssekretär des weißrussischen Sicherheitsrates, Alexander Wolfowitsch, am Dienstag auf der 10. Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit hin. Er hob laut [TASS](#) hervor: "Das Einfrieren des Friedensverhandlungsprozesses durch Kiew geht einher mit einer noch nie dagewesenen Zunahme der militärischen Aktivitäten anderer europäischer Länder. Der Westen macht keinen Hehl daraus, dass er den Konflikt so lange wie möglich hinauszögern will, und zu diesem Zweck wird die Ukraine weiterhin mit Waffen vollgepumpt."

Laut Wolfowitsch gehen die Auswirkungen der Ukraine-Krise weit über die europäische Region hinaus. Er fügte hinzu:

"Als Folge davon wurde die Partnerschaft zwischen den führenden Staaten der Welt gezielt entwertet, die globalen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Beziehungen wurden gestört, und die Möglichkeiten, die Probleme der Erhaltung von Frieden und Stabilität in Europa gemeinsam zu lösen, gingen praktisch verloren."

Die militärische Unterstützung des Westens für Nazismus und Extremismus in der Ukraine untergrabe die Aussichten auf ein friedliches Leben der europäischen Nationen für eine lange Zeit.

14:28 de.rt.com: **Sabotage: Zwei Brände und Detonation in einem Munitionslager auf der Krim**

Ein Brand mit anschließender Detonation ist in einem umwallten, offenen Munitionslager in der Nähe von Maiskoje auf der Krim ausgebrochen, wie das russische Verteidigungsministerium mitteilte. Nach aktuellen Befunden sei dies das Ergebnis einer Sabotageaktion.

Infolge eines Brandes auf dem Gelände des vorübergehenden Munitionslagers einer der Militäreinheiten nahe der Siedlung Maiskoje bei Dschankoi auf der Krim und einer anschließenden Detonation wurden zwei Personen verletzt, [gab](#) das Republikoberhaupt der Krim, Sergei Aksjonow, vom Ort des Geschehens [bekannt](#):

"Im Moment dauern die Detonationen noch an. Es gibt zwei verletzte Zivilisten, ihr Leben ist nicht in Gefahr."

Der Vorfall ereignete sich am 16. August gegen 6:15 Uhr Moskauer Zeit.

Nach Aksjonows Angaben werden derzeit Menschen aus der Zone im Radius von fünf Kilometern um den Ort evakuiert. Der Leiter der ländlichen Siedlungsverwaltung, Nikolai

Karpez, erklärte, dass sich deren Zahl auf rund 2.000 Personen beläuft; zum Redaktionszeitpunkt ist sie auf 3.000 gestiegen.

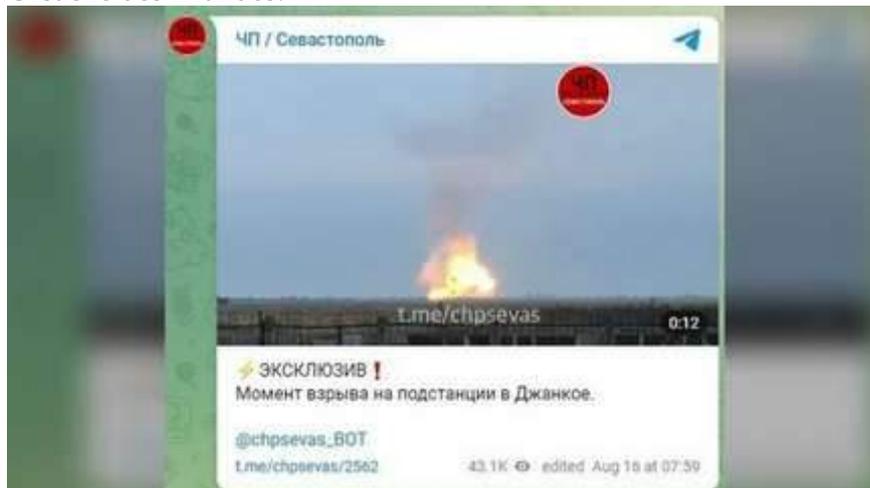
Die Löscharbeiten laufen ebenso wie eine Evakuierung anliegender Wohnorte. Aktuell kommen die Kräfte des Verteidigungsministeriums, der Nationalgarde und des Katastrophenschutzes zum Einsatz.

Als provisorischer Militärstandort, der sich auf dem Gelände eines ehemaligen landwirtschaftlichen Kleinbetriebes befindet, ist das Munitionslager eines von der offenen Art und nur "umwallt", also mit Erdaufschüttungen umfriedet.

Unter anderem kam infolge der Explosion auch die Zugstrecke vom Festland Russlands auf die Krim zu Schaden, [meldete](#) Aksjonow später. Daher wird der Passagierzugverkehr zunächst lediglich bis zur Station Wladislawowka stattfinden. Von dort werden Busse zur Weiterfahrt eingesetzt. Allerdings [scheint](#) der Schaden klein und leicht zu beheben zu sein, hieß es.

Auch in einem Umspannwerk in Dschankoi ist laut Meldungen infolge dieser Explosion ein Feuer ausgebrochen, wohl durch bei der ersten Explosion umhergeschleuderte Splitter oder Munition. Dort sei ein Transformator in Brand geraten – das Feuer wurde jedoch bereits "lokalisiert" und seine Ausbreitung effektiv unterbunden, so die Berichte. Ferner kamen eine Hochspannungsstromleitung und mehrere Wohnhäuser zu Schaden.

Das russische Verteidigungsministerium spricht mittlerweile von einer Sabotageaktion als Ursache des Brandes.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fb446db480cc05c83abe4e.jpg>

14:58 de.rt.com: **Gazprom: Europäischer Gaspreis wird im Winter über 4.000 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter liegen**

Im Winter könnten die Gaspreise in Europa die Marke von viertausend US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter durchbrechen, prognostizierte Gazprom in seinem Telegram-Kanal. Das Unternehmen wies darauf hin, dass Gas an den europäischen Spotbörsen für über 2.500 US-Dollar gehandelt wird. Der Gasriese [prognostizierte](#):

"Laut vorsichtigen Schätzungen werden die Preise im Winter die Marke von 4.000 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter überschreiten, wenn der Trend anhält."

In der vergangenen Woche wurden die Gasfutures bei 2.100 US-Dollar gehandelt und stiegen allmählich an, bevor sie zu Beginn dieser Woche bei 2.450 US-Dollar lagen. Nach Angaben des Verbandes der europäischen Gasinfrastrukturbetreiber waren die europäischen unterirdischen Speicherreserven am 14. August zu insgesamt 74,73 Prozent gefüllt.

15:20 de.rt.com: **Russischer Auslandsgeheimdienst: Westliche Drahtzieher haben das Kiewer Regime fast abgeschrieben**

Die westlichen Machthaber haben das Kiewer Regime fast abgeschrieben und planen, einen Teil des ukrainischen Territoriums zu besetzen. Das erklärte Generaloberst Wladimir

Matwejew, ein Vertreter des russischen Auslandsgeheimdienstes (Sluschba wneschnei raswedki, SWR), am Dienstag auf der Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit. Er sagte laut [RIA Nowosti](#):

"Offensichtlich ist es nicht das Schicksal des Kiewer Regimes, das den Westen beunruhigt. Wie aus den Informationen hervorgeht, die dem SWR zugegangen sind, haben die westlichen Drahtzieher die Sache praktisch schon abgeschrieben und arbeiten fleißig an Plänen zur Aufteilung und Besetzung zumindest eines Teils der ukrainischen Gebiete."

15:52 de.rt.com: **Kiews Nuklearterror: Saboteure sprengen Strommasten des AKW Kursk – Betrieb gestört**

Ukrainische Saboteure haben in den vergangenen Tagen mehrere Trägermasten von Hochspannungsstromleitungen des Atomkraftwerks Kursk gesprengt. Folge waren Spannungssprünge am AKW und damit verbundene Betriebsstörungen. Vermeldet hat dies der russische Inlandsgeheimdienst FSB allerdings erst am 16. August – mit folgendem Wortlaut: "Am 4., 9. und 12. August sprengten ukrainische Sabotagegruppen im Bezirk Kurtschatow des Gebiets Kursk sechs Masten von Hochspannungsleitungen (110-, 330- und 750-tausend Volt), über die das AKW Kursk Industriebetriebe, die Verkehrs- und Lebenserhaltungsinfrastruktur, die soziale Infrastruktur und die Bevölkerung sowohl in der Region als auch in den angrenzenden Gebieten des Landes mit Strom versorgt. Die Aktionen der Saboteure führten zu einer Störung des technologischen Prozesses des Kernkraftwerk-Betriebs."

Die Art und Schwere besagter Störung wurden nicht präzisiert; ebenso wenig, ob sie bereits behoben wurden. Hier gab mittlerweile der russische Staatskonzern Rosenergoatom [Entwarnung](#). Die Saboteure werden nun vom FSB und dem Innenministerium als Terroristen gesucht, so der FSB weiter. Auch verstärkte der Inlandsgeheimdienst in Zusammenarbeit mit der russischen Nationalgarde die Bewachung von Objekten der Atomenergie-Infrastruktur.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb96b1b480cc5e4747cc83.jpg>

16:26 de.rt.com: **Lindt verlässt Russland**

Der Schweizer Schokoladenhersteller Lindt & Sprüngli verlässt den russischen Markt. Das geht aus einer Erklärung auf der Webseite des Unternehmens hervor. Der Hersteller versprach, seine Mitarbeiter in Russland zu unterstützen und in Übereinstimmung mit den lokalen Vorschriften zu handeln.

Bereits Anfang März hatte Lindt & Sprüngli beschlossen, seine Lieferungen nach Russland auszusetzen und alle Läden vorläufig zu schließen.

Wie die Zeitung Kommersant berichtet, hatte das Unternehmen in Russland neun Geschäfte mit insgesamt 125 Mitarbeitern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb9887b480cc58813d650d.jpg>

16:55 de.rt.com: ZMV des Gebiets Saporoschje: Kiew lenkt zur IAEO-Inspektion am AKW ein, weil es eine Provokation plant

Die ukrainische Seite könnte eine Provokation organisieren, wenn die geplante und in Vorbereitung befindliche Mission der Internationalen Atomenergieorganisation zur Inspektion des Kernkraftwerks Saporoschje in Energodar durch die von Kiew kontrollierten Gebiete fährt. Diese Befürchtung äußerte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Saporoschje.

Er [warnte](#) vor dem geplanten Weg der IAEO-Delegation durch Kiew, weil das Gebiet Saporoschje von der Restukraine durch die Frontlinie getrennt sei – und die ukrainischen Eliten diesen Umstand für Provokationen gegen Russland und die verbündeten Volksrepubliken im Donbass in Form von Angriffen unter falscher Flagge ausnutzen könnten: "Man muss verstehen, dass Selenskijs Kämpfer eine große Erfahrung damit haben, auf Menschen zu schießen, die diese Grenze überqueren. Ich befürchte, dass es eine Provokation geben wird und dass Kiew gerade deshalb begonnen hat (einer IAEO-Inspektion am AKW Saporoschje) zuzustimmen – weil man dort eine andere Strategie gewählt hat."

Die zivil-militärische Verwaltung des Gebiets Saporoschje setzt sich allerdings grundsätzlich für eine IAEO-Inspektion ein. Unabhängig davon, welchen Weg die Kommission zum AKW wählt, sei sie bereit, deren Sicherheit nach Ankunft im russisch kontrollierten Teil des Gebiets zu gewährleisten, betonte Rogow.

Der ständige Vertreter Russlands bei den internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, erklärte zuvor am selben Tag auf Solowjow.live, dass die IAEO erneut mit den Vorbereitungsarbeiten zur Entsendung (die erste fand nicht statt) eines Ausschusses zum AKW Saporoschje begonnen habe. Gleichzeitig bezeichnete das russische Außenministerium die geplante Route der IAEO-Kommission zum Kernkraftwerk Saporoschje durch ukrainisches Staatsgebiet als grundsätzlich unsicher.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 16. August 2022
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-

humanitären Bereichs durch.

In 72 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Krasny Lutsch, Nowoje, Losowoje und Rubzy durchgeführt.

Die Inbetriebnahme der Gasversorgung in Talakowka wurde abgeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 9 Hektar Territorium untersucht und 70 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja-Bezirk abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:37 de.rt.com: **Scholz in Skandinavien: Bundesregierung sucht vergeblich nach neuen Gasquellen**

Olaf Scholz hat sich von dem Besuch bei seinem sozialdemokratischen Amtskollegen Jonas Gahr Støre in Oslo erhofft, mit einer Zusage für zusätzliche Erdgaslieferungen nach Hause zu kommen. Offenbar können die skandinavischen Staaten der Bundesregierung jedoch nicht aus der Energie-Misere helfen.

Der Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Norwegen und Schweden war geprägt vom Leitthema Energieversorgung. Scholz forderte bei seiner Reise von der norwegischen Regierung vergeblich mehr Gaslieferungen, um die deutsche Gasabhängigkeit von Russland zu verringern.

Norwegen kann seine Gaslieferungen nach Deutschland und in die EU nach eigenen Angaben derzeit nicht weiter ausweiten. "Norwegen liefert maximal das, was wir liefern können", sagte Ministerpräsident Jonas Gahr Støre.

Der Bundeskanzler nahm zudem am Montag an einem skandinavischen Gipfeltreffen in Oslo teil. Dabei gab es trotz aller freundschaftlichen Gesten offenbar auch Konfliktstoff. Ein umstrittener Punkt: eine zuletzt diskutierte Visumssperre für russische Bürger in der EU. Die Regierungschefinnen von Finnland und Dänemark, Sanna Marin und Mette Fredriksen, sprachen sich bei dem Treffen für den Schritt aus. Scholz widersprach.

"Russische Bürger haben den Krieg nicht gestartet, aber wir müssen uns gleichzeitig klar machen, dass sie den Krieg unterstützen", sagte Marin. Scholz blieb dagegen bei seiner Ablehnung einer generellen Einreisesperre und verwies unter anderem auf "russische Staatsbürger, die vor der russischen Regierung flüchten".

Am Dienstag besuchte Olaf Scholz seine schwedische Amtskollegin Magdalena Andersson in Stockholm. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten beide den "historischen Schritt Schwedens", der NATO beizutreten. Scholz begrüßte die Entscheidung Schwedens und Finnlands, diesen Weg gehen zu wollen.

Der Bundeskanzler rechnet damit, dass auch die Türkei den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands schnell ratifiziert. "Meine Zuversicht ist groß, dass es jetzt sehr schnell gehen wird", sagte er nach dem Treffen mit der schwedischen Ministerpräsidentin Andersson in

Stockholm. Er bezeichnete den Beitritt Schwedens und Finnlands erneut "als Gewinne für die NATO". Andersson unterstrich ihrerseits, dass sich Schweden an die Vereinbarung mit der Türkei halten werde. Das NATO-Mitglied Türkei hatte sein Veto gegen den Antrag Finnlands und Schwedens auf Beitritt zu dem Militärbündnis im Juni nach wochenlangen, angespannten Verhandlungen aufgegeben. Aber der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan drohte kürzlich wieder mit der Nicht-Ratifizierung des NATO-Betrtritts von Schweden und Finnland. Scholz und Andersson sicherten der Ukraine zu, sie weiter mit Waffen zu versorgen. "Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen, das ist wichtig für die Ukraine und Europa", betonte Andersson.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fb95db48fbef5b2d4f0133.jpg>
Kanzler Olaf Scholz und die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson bei der Pressekonferenz am 16. August in Stockholm

17:58 de.rt.com: **Finnland reduziert Anzahl der an Russen ausgestellten Touristenvisa auf ein Zehntel**

Künftig wird es für russische Bürger schwieriger sein, ins Nachbarland einzureisen. Finnland will die Ausstellung von Touristenvisa an russische Staatsbürger ab September auf ein Zehntel des derzeitigen Niveaus reduzieren. Finnlands Außenminister Pekka Haavisto sagte am Dienstag:

"Wir werden die Zahl der bewilligten Anträge auf ein Zehntel des aktuellen Niveaus begrenzen."

Nach Informationen des Senders Yle werden in Finnland aktuell täglich rund 1.000 russische Visumsanträge bearbeitet. Haavisto hob hervor:

"Gleichzeitig wollen wir es leichter für Menschen machen, nach Finnland zu kommen, um zu arbeiten, zu studieren oder Verwandte zu besuchen."

"Es soll also Lösungen für diejenigen geben, die einen Grund haben, nach Finnland zu kommen, aber das gewöhnliche Touristenvisum soll schwieriger zu bekommen sein."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fba693b480cc5f8b31ecf6.jpg>

abends:

18:16 de.rt.com: **Kuleba: Der Westen glaubt nicht an den Sieg der Ukraine**

Einige Länder im Westen glauben nicht an den Sieg der Ukraine und nehmen oft eine abwartende Haltung ein, indem sie der Ukraine keine Hilfe leisten, sagte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba in einem auf Russisch geführten Interview mit dem Journalisten Dmitri Gordon. Auf die Frage, wann der Krieg enden wird, sagte Kuleba: "Die Außenminister fragen mich oft in Interviews und Gesprächen: 'Wie lange halten Sie noch durch?' Und ich antworte: 'Ihre Ansicht ist grundsätzlich falsch. Anstatt zu fragen: 'Was muss noch getan werden, um gegen Putin in kürzester Zeit zu gewinnen?', warten Sie alle darauf, dass wir zusammenbrechen und das Problem von selbst verschwindet.'"

Laut Kuleba werde sein Land so lange kämpfen wie nötig, um zu gewinnen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62fb9fbdb480cc22432299e2.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 16.08.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen der DVR-Vertretung im GZKK mehr als 260 Geschosse mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-

Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starb ein Zivilist und 10 wurden verletzt**. 20 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 6 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:34 de.rt.com: **Drohnenangriff auf US-Stützpunkt al-Tanf in Syrien – Steckt Israel dahinter?**

In Syrien hat es einen Drohnenangriff auf den US-amerikanischen Militärstützpunkt al-Tanf gegeben. Der Angriff soll eine Reaktion auf die jüngsten Luftangriffe Israels auf Syrien gewesen sein.

Bei einem Drohnenangriff wurde am Montag ein von den US-Besatzungstruppen betriebener Stützpunkt in Ostsyrien getroffen, wie das US-Militär mitteilte. In der Region al-Tanf, an der Grenze zwischen Syrien, Jordanien und dem Irak, befindet sich eine von den US-Besatzern kontrollierte Militärzone.

Berichten zufolge wurde niemand verletzt und es entstand kein Sachschaden. Allerdings explodierte eine der Drohnen in einem Gebäude, das von der örtlichen, von den USA unterstützten syrischen Miliz Maghawir al-Thawra (Kommandos der Revolution) genutzt wird. Eine weitere Drohne wurde von der US-geführten Koalition "erfolgreich abgeschossen", heißt es in einer veröffentlichten Erklärung. Andere Drohnen, die in den Angriff verwickelt waren, hätten "keinen Schaden angerichtet", so das US-Militär.

Eine Quelle der sogenannten "syrischen Opposition" sagte dem israelischen Rundfunk Kan, dass der Angriff vermutlich von Iran ausgeführt worden sei. Die nicht identifizierte Quelle fügte hinzu, dass der Drohnenangriff eine Reaktion auf die Luftangriffe in Syrien am Sonntagabend gewesen sein könnte, die Israel zugeschrieben wurden. Israel nutzte in letzter Zeit den Luftraum in der Region um al-Tanf für seine Aggressionen gegen Syrien.

Bei israelischen Luftangriffen in Syrien sind nach syrischen Angaben am Sonntag drei Soldaten getötet und drei weitere verletzt worden. Die Raketen wurden Berichten zufolge vom libanesischen Luftraum aus südöstlich von Beirut abgeschossen und waren auf ländliche Gebiete der Hauptstadt Damaskus und die Küstenstadt Tartus – nahe dem russischen Marinestützpunkt – gerichtet.

Im Oktober letzten Jahres erklärten US-Beamte, dass Iran vermutlich hinter einem Drohnenangriff auf die US-Basis in al-Tanf stecke. Die Angriffe im Oktober erfolgten wenige Tage nach einem israelischen Luftangriff auf das Zentrum Syriens. Die New York Times zitierte seinerzeit israelische und US-amerikanische Beamte mit der Aussage, die Angriffe seien eine iranische Vergeltung für die israelischen Angriffe auf Syrien.

Der syrisch-irakische Grenzübergang al-Tanf und eine rund 55 Quadratkilometer große Zone um den Ort befinden sich seit etwa fünf Jahren fest unter der Kontrolle US-amerikanischer Besatzungstruppen. In der Vergangenheit waren auch britische Truppen in der Militärzone al-Tanf stationiert, die sich aber vor Jahren über das angrenzende Jordanien zurückzogen. Die Präsenz der US-Besatzer in al-Tanf geriet in letzter Zeit fast in Vergessenheit, da die Stationierung der US-Besatzertruppe in Nordostsyrien bei der Berichterstattung im Fokus

stand.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62fbc6ba48fbef4b4144822d.jpg>

18:51 de.rt.com: **GRU: Schwarzmarkthandel mit US-Waffenhilfen boomt – Delegation zur Klärung in Kiew**

Eine Gruppe von US-Kongressmitgliedern besuchte im Juli die ukrainische Hauptstadt Kiew – eigens mit dem Ziel, klärende Gespräche über mysteriöses "Abhandenkommen" von Waffensystemen aus den US-Hilfslieferungen zu führen. Dies [meldete](#) Igor Kostjukow, Leiter der Hauptdirektion des Generalstabs der russischen Streitkräfte (bekannter unter dem alten Namen Hauptaufklärungsdirektion oder GRU) auf der internationalen Sicherheitskonferenz im Rahmen des Forums Army-2022:

"Eine besondere Gefahr ist die unkontrollierte Ausbreitung von tragbaren Flugabwehr- und Panzerabwehrraketensystemen – die Kiew großzügig von westlichen Ländern geliefert werden – über die Grenzen der Ukraine hinaus. Zu Klärungsgesprächen bezüglich dieser Frage hatte im Juli dieses Jahres eine Sondergruppe des US-Repräsentantenhauses unter der Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses für Streitkräfte, [Adam] Smith, Kiew besucht. Ähnliche Daten liegen auch Interpol vor."

Kostjukow zufolge werden die Waffen, die die Ukraine erhält, im großen Stil gestohlen und Schwarzmärkten zugeführt, wo sie an terroristische Organisationen, auch in den Nachbarländern, veräußert werden.